Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 30 (1983)
Heft: 7-8

Rubrik: Aktuell = Actualité = Attualità

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Moderne Ausbildungsstätte bietet neue Möglichkeiten

Aargauisches Zivilschutzzentrum in Eiken eröffnet

hwm. Am 3. Juni konnte in Eiken das neue Aargauische Zivilschutz-Ausbildungszentrum im Beisein von Bundesrat Rudolf Friedrich eröffnet werden. Die 12-Millionen-Franken-Anlage umfasst einen Schulungstrakt sowie ein grosses Ausbildungsgelände mit einer Trümmerpiste. Integriert in das Zentrum sind Anlagen des Aargauischen Versicherungsamtes, des Aargauischen Elektrizitätswerks sowie eine Ortskampfanlage des Militärs, die vom Zivilschutz mitbenützt werden kann.

Für das kantonale Zivilschutz-Ausbildungszentrum wurde ein Standort gesucht, der gut an das Eisenbahn- und Strassennetz angeschlossen ist, der anderseits aber eine Region berücksichtigt, die noch über wenige kantonale Bauten grösseren Ausmasses verfügt. Als Standort konnte in Eiken ein in jeder Hinsicht ideales Gelände gefunden werden. Das Areal liegt abseits vom Wohngebiet der Gemeinde, unmittelbar neben dem Anschlussknotenpunkt der Autobahn N3. Wegen der grossen Distanz zu den Wohngebieten dürften bezüglich Immissionen keine Probleme entstehen. Der direkte Anschluss an den Sisselnbach ermöglicht einen optimalen Einsatz der Löscheinrichtungen.

Reduziertes Projekt

Bei der Ausarbeitung des Kostenvoranschlages zeigte es sich dann, dass das vorgesehene Bauvolumen im bewilligten Kostenrahmen nicht realisiert werden konnte. In enger Zusammenarbeit mit den Benützern wurde nach Reduktionsmöglichkeiten gesucht, ohne den Wert der Ausbildungsfunktion zu schmälern. So entstand das heute realisierte Projekt, bei dem als hauptsächlichste Bestandteile die Unterkunftsräume, die Ausbildungsküche sowie die zweite Übungspiste weggelassen wurden. Die Küchen- und Officeanlage ist vorderhand auf eine Anlieferungsverpflegung ausgerichtet. Speisen in kleinerem Umfang können im Zentrum selber zubereitet werden. Das reduzierte Projekt, das dem Grossen Rat im Dezember 1980 nochmals unterbreitet werden musste, ist derart flexibel gestaltet, dass die weggelassenen Bereiche in späteren Etappen angegliedert werden können.

Die Partnerschaft

Nebst dem Zivilschutz als hauptbeteiligter Instanz konnten das Aargauische Versicherungsamt, das Aargauische Elektrizitätswerk sowie das Eidgenössische Militärdepartement als Partner für die Erstellung von Übungsanlagen gewonnen werden. Durch diese Beteiligungen wurde einerseits das zur Verfügung stehende Gelände optimal ausgenützt und anderseits eine gute Belegung des Zentrums ermöglicht.

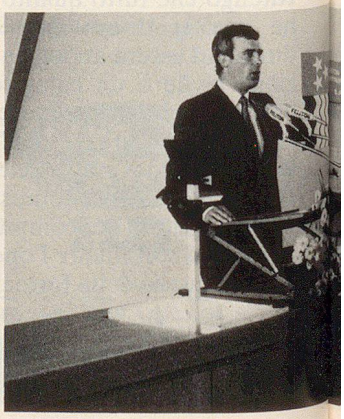
Das Projekt

Das Projekt des Ausbildungszentrums gliedert sich grundsätzlich in zwei Teile, den Zentrumsbau südlich sowie das Übungsgelände nördlich der das Areal trennenden Laufenburgerstrasse. Verbunden werden die beiden Bereiche durch die Strassenunterführung entlang des Sisselnbaches. Eine Trennung der Anlage in zwei in sich geschlossene Teile machte die Gewährleistung des öffentlichen Durchganges in Nord-Süd-Richtung notwendig.

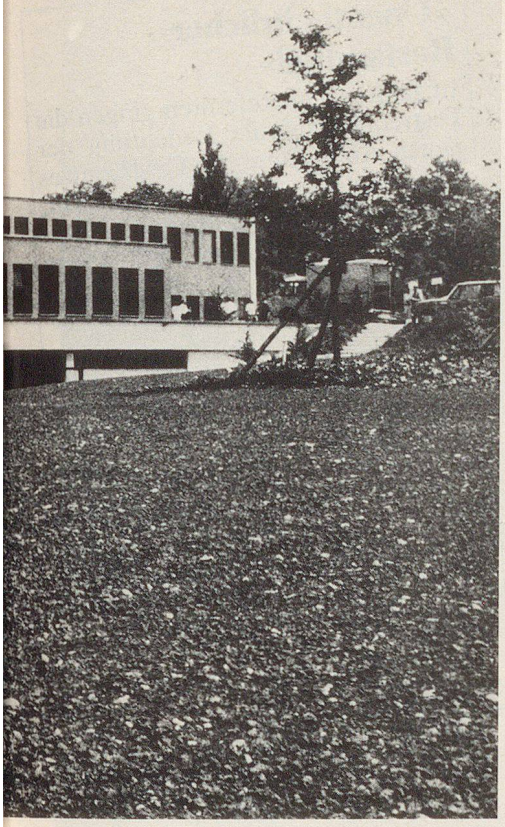
Zentrum

Der Zentrumsbau liegt eingebettet zwischen dem Sisselnbach und der ehemaligen Kehrichtdeponie der Gemeinde Eiken. Das Gebäude ist in

Bundesrat Friedrich bei seiner Festansprache.



Illustre Gäste.



drei Trakte gegliedert, in den zweigeschossigen Haupttrakt mit Schulung und Verpflegung, in den erdgeschossigen Nebentrakt mit Theoriesaal, Büros und untenliegenden Garderoben und Magazinen sowie in den erdüberdeckten ostseitigen Annex mit der Atemschutz-Übungsstrecke. Erschlossen wird das Zentrum vom südseitig liegenden «Sägiweg» über die entlang der westlichen Grenze in leichtem Gefälle zu den verschiedenen Eingängen und Anlagen führenden Zufahrtsstrasse. Sie führt zum Haupteingang und zur Kantinenlieferung im Erdgeschoss, zu den am nördlichen Rand liegenden Parkplätzen und zu dem auf dem Niveau des Untergeschosses liegenden grosszügigen Besammlungs- und Retablierungsplatz, von wo die Zugänge zu den Anlagen in diesem Geschoss gewährleistet sind.
Im Zentrum ist folgendes Raumprogramm verwirklicht:

Baudirektor Siegrist (links) übergibt den symbolischen Schlüssel Militärdirektor Huber.

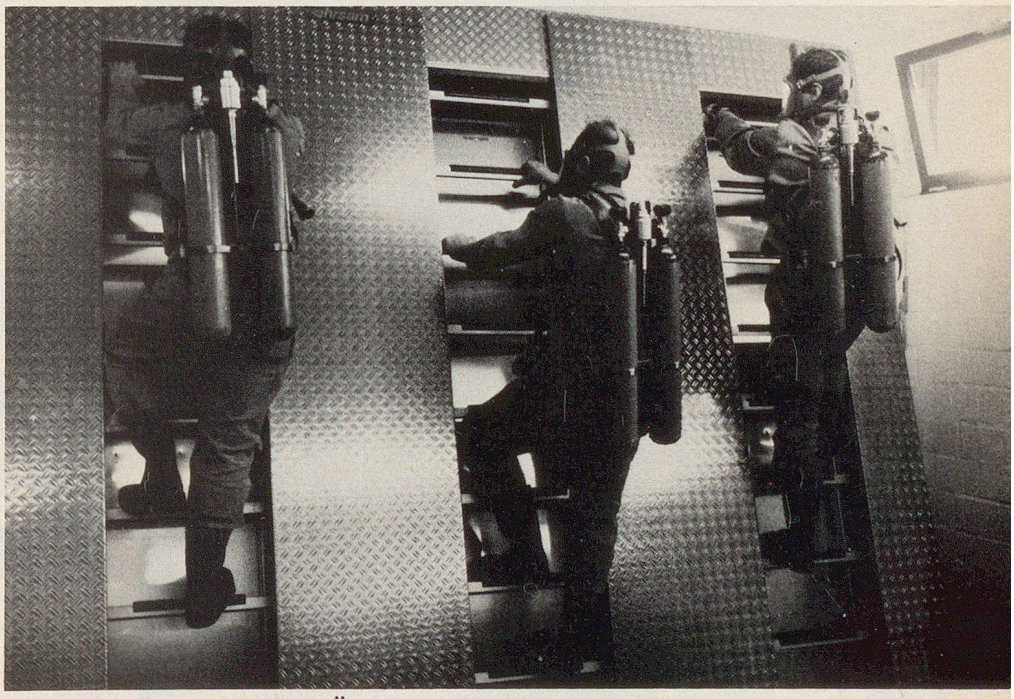
Erdgeschoss
- Haupteingang mit Eingangshalle und Auskunftsschalter
- Büro Verwalter, Kursbüro, Kursleiterbüro, Sanitätszimmer
- 2 Rapportzimmer
- Modellraum, wie Rapportzimmer als Schulungsraum nutzbar
- Theoriesaal für 120 Kursteilnehmer
- Material- und Archivraum mit Rollgestellanlage
- Küche-Office mit Economat, Kühlraum, Garderobe und Büro
- Ess-Saal und Aufenthaltsraum mit insgesamt 126 Plätzen
- Zentrale WC-Anlage für Erd- und Obergeschoss

Untergeschoss
- Energiezentrale, Elektro- und Sanitärverteilung
- Speicher- und Öltankraum, darüber Rückkühlungsanlage
- Transformatorenstation
- Schutzraumanlage, für Ausbildungszwecke konzipiert
- Büro Materialwart
- Magazine für persönliche Ausrüstung und für Pionierdienst
- Schlauchpflegeanlage
- Werkstätten für Zivilschutz und Atemschutz
- Garage und Geräteräume
- Garderobenanlagen für insgesamt 112 Personen
- Wasch- und Duschenräume
- WC-Anlage für das Untergeschoss
- Stiefelwaschanlage und Tröckneraum
- Retablierungsplätze, gedeckte Arbeitsplätze
- Holzlager für Schutzraumdienst
- Atemschutz-Übungsstrecke des Aargauischen Versicherungsamtes
- Vorraum und Raum für Übungsleiter des Aargauischen Versicherungsamtes

Obergeschoss
- Schulungsräume (Klassenzimmer 1–6)
- Übungs-Telefonzentrale

Umgebung
- Besammlungs- und Retablierungsplatz 1000 m²
- Parkplatzanlage mit 114 Abstellplätzen
- 4 Parkplätze beim Haupteingang für Anlieferung und Invalide
- Aussensitzplatz beim Aufenthaltsraum

Übungsanlage Zivilschutz
Um die von Ost nach West verlaufende erste Trümmerpiste gruppieren sich einzelne Übungsstationen. In die Piste selber sind verschiedene Brandplätze sowie als markante Objekte eine Mehrzweckstation und das Brandhaus integriert. Entlang des Bachufers gliedern sich einzelne Wasserbezugsstellen für den Einsatz der Motorspritzen.
Die zweite Trümmerpiste präsentiert sich erst in Bruchstücken. Die erforderlichen Übungsstationen konnten infolge der Projektreduktion noch nicht realisiert werden.



Die hochmoderne Atemschutz-Übungsstrecke wird in Angriff genommen.

Übungsanlage Militär
Im Anschluss an den Zivilschutzteil wurde Richtung Westen die militärische Ortskampfanlage angegliedert.

Diese Anlage besteht vorerst aus vier Ortskampfobjekten (3 «Einfamilienhäuser» und ein «Mehrfamilienhaus»), aus einem begehbaren Kanalisationsstrang sowie als Abschluss gegen das Ende des Terrains aus einer «Kraterlandschaft». Mit zwei weiteren geplanten Übungsobjekten, die teilweise zertrümmert sind, soll der Übergang von den Trümmerpisten zu den «intakten» Ortskampfobjekten homogen gestaltet werden.

Übungsanlagen Aargauisches Versicherungsamt und Aargauisches Elektrizitätswerk

Nebst der Atemschutz-Übungsanlage im Zentrumsgebäude wurde im Übungsgelände vom Aargauischen Versicherungsamt ein zweistufiges Flüssigkeitsbrandbecken mit einer Brandfläche von 12 m² bzw. 150 m² erstellt. Das Brandbecken, eine der wenigen permanenten Anlagen dieses Ausmasses in der Schweiz, ist für Löschübungen von Flüssigkeitsbränden vorgesehen. Das Aargauische Versicherungsamt und das Aargauische Elektrizitätswerk erstellten gemeinsam eine Elektro-Übungsanlage. Dabei handelt es sich um ein Freileitungsnetz, das unter Spannung gesetzt werden kann, zwei Stangenanlagen und eine Übungstransformatorenstation im Betriebsgebäude.

Betriebsgebäude

Im gemeinsam erstellten Betriebsgebäude sind folgende Räume untergebracht:

- Übungstransformatorenstation mit Werkstatt
- Lagerraum für Elektro-Übungsanlagen
- Büro- und Elektroverteilraum
- WC-Anlage
- Stiefelwaschanlage
- Lagerfläche im Erd- und Obergeschoss
- Lagerräume für Zündmittel

«Unentbehrlicher Bestandteil»

In zahlreichen Referaten gingen die Festredner auf die Bedeutung der neuen Anlage und des Zivilschutzes überhaupt ein. Bundesrat Friedrich, als Vorsteher des Justiz- und Polizeidepartements oberster Schirmherr des Zivilschutzes, meinte unter anderem, der Zivilschutz sei ein unentbehrlicher Bestandteil unserer Landesverteidigung. Mit dem dringend notwendigen Bau von Zivilschutzplätzen in finanzschwachen Gegenden und des bundeseigenen Zentrums in Schwarzenburg BE wären alle Voraussetzungen für eine wirksame Tätigkeit gegeben, meinte Bundesrat Friedrich. Nach einer Kurzansprache von Landammann Arthur Schmid übergab Regierungsrat Ulrich Siegrist Militärdirektor Hans Jörg Huber den symbolischen Schlüssel.

Eindrückliche Demonstration und zahlreiche Zuschauer.

(Bilder: BZS)

Grossaufmarsch am Zivilschutztag der «Gemeinde 83» in Bern, 16. Juni 1983

Ein Bekenntnis zum Bevölkerungsschutz auf allen Stufen

Am. Für annähernd 200 Vertreter von Gemeinden aus der ganzen Schweiz war der Zivilschutztag an der «Gemeinde 83», der 6. Fachmesse für Kommunalbedarf, in Bern mehr als ein frühlingshafter Ausflug in die Bundesstadt. Von drei berufenen Referenten konnten die Tagungsteilnehmer aus der Sicht der Stufen Gemeinde, Kanton und Bund erfahren, wie hoch der in den letzten 20 Jahren erreichte Stand des Zivilschutzes gegenwärtig ist, welche Probleme er aufwirft und wie die drei Träger des Zivilschutzes jeweilen ihre Partner sehen. So zeigte denn diese «Aussprache» mittels dreier Referate – wir drucken eines nachfolgend leicht gekürzt ab –, dass auf allen Ebenen viel geleistet worden ist, dass naturgemäss die Probleme variieren, dass allen aber das gemeinsame Ziel der Konzeption vor Augen ist: Jedem Bewohner unseres Landes einen Schutzplatz zur Verfügung zu stellen.

Fürsprecher Hans Mumenthaler, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz

1. Zum Auftrag des Zivilschutzes

Der strategische Auftrag des Zivilschutzes, wie er in Artikel 1 des Bundesgesetzes über den Zivilschutz vom 23. März 1962 und im Bericht des Bundesrates über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 27. Juni 1973 festgehalten ist, kann in folgende drei Grundsätze gegliedert werden:

- Vorerst geht es darum, schon in Friedenszeiten das Durchhaltevermögen unseres Landes gegenüber Angriffen und Erpressungsversuchen fremder Mächte zu stärken und durch die Glaubwürdigkeit der Zivilschutzmassnahmen dissuasiv zu wirken;
- später, im Falle eines bewaffneten Konfliktes, muss der Zivilschutz im Zusammenwirken mit Armee, Kriegswirtschaft und weitern zivilen Stellen das Überleben eines möglichst grossen Teils der Zivilbevölkerung ermöglichen und so eine wesentliche Voraussetzung für den Fortbestand unseres Volkes schaffen;
- schliesslich soll der Zivilschutz bei Katastrophen in Friedenszeiten oder in Zeiten aktiven Dienstes Hilfe leisten, indem er mit seinen Mitteln die in solchen Fällen unter Verantwortung der zivilen Behörden zum Einsatz gelangenden Mittel der Polizei, Feuerwehr usw. verstärkt.

Schon aus dieser Auftragsformulierung ergeht klar, dass es sich beim Zivilschutz um eine Aufgabe handelt, in deren Erfüllung der Gemeinde eine hohe Bedeutung zukommen muss.

2. Zur Rolle der Gemeinde im Zivilschutz

Vor ziemlich genau einem Jahr prägte die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates in ihrem Bericht über die Inspektion beim Bundesamt für Zivilschutz den einfachen, aber auch sehr zutreffenden Satz:

«Der Zivilschutz findet in der Gemeinde statt.»

Mit dieser Aussage wird unmissverständlich ausgedrückt, dass die Gemeinden die Hauptträger des Zivilschutzes sind – und ebenso deutlich wird die Gemeinde als wichtigster Verantwortungsträger in allen Zivilschutzbelangen bezeichnet.

Hinter diesen Bezeichnungen Hauptträger und Verantwortungsträger stecken Verantwortlichkeiten und Kompetenzen, Pflichten und Rechte, Aufgaben, aber auch Entscheidungszwänge.

Der nun bald vier Monate alte Zwischenbericht zum Zivilschutz, ausgelöst durch einen parlamentarischen Vorstoss von Nationalrat Beda Humbel, unterstreicht seinerseits die eben erwähnte Stellung der Gemeinde mit dem Satz:

«Oberstes Organisationselement des Zivilschutzes ist grundsätzlich die Gemeinde.»

Damit wird auch hier auf die grosse Eigenverantwortung der Gemeinden hingewiesen und unterstrichen, was bereits der Gesetzgeber in Artikel 10 des Zivilschutzgesetzes (vom 23. März 1962) deutlich festgehalten hat, nämlich, dass die Gemeinden als Hauptträger des Zivilschutzes auf ihrem Gebiet für die Verwirklichung der vom Bund und den Kantonen vorgeschriebenen Massnahmen verantwortlich sind.

Kritiker dieses die Gemeindeautonomie betonenden föderalistischen Aufbaus des Zivilschutzes machen geltend, dass ihm der hierarchische Aufbau fehle, was zu Schwierigkeiten im Einsatz und zu kaum verantwortbaren Unterschieden im baulichen, organisatorischen und ausbildungsmässigen Vorbereitungsstand führe.

Diesem Vorwurf muss engegengehalten werden, dass dieser Aufbau massgeschneiderte, den örtlichen Verhältnissen gerecht werdende Lösungen erlaubt. Die Umsetzung des Zivilschutzgedankens erfolgt auf einer überblickbaren und vom Bürger auch beeinflussbaren Ebene. Durch die dezentrale Trägerschaft können Schwierigkeiten beim Ausfall vorgesetzter Führungsstufen weitgehend aufgefangen werden. Die Krisenanfälligkeit des Staates als Ganzes wird vermindert.

Wenn die Unterschiede zwischen den Kantonen und innerhalb der Kantone zwischen den Gemeinden noch gross, ja zu gross, sind, so ist dies gewissermassen ein Tribut an den Föderalismus, an die Gemeindeautonomie.

Natürlich gilt es, diesen Mangel durch Information und Motivation und nötigenfalls auch durch Einwirkung von Bund und Kantonen zu beseitigen. Das ändert aber nichts daran, dass der vom Gesetzgeber gewählte, den Selbstbehauptungsgedanken und die

Blick auf den Rednertisch: Von links nach rechts: Hans Feuz, Sekretär des Bernischen Zivilschutzverbandes, welcher den Zivilschutztag organisierte; Nationalrat Heinz Bratschi, Präsident des Bernischen Zivilschutzverbandes, Ortschef von Bern; Regierungsrat Peter Schmid; Hans Mumenthaler, Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz.

Table des conférenciers: de gauche à droite: Hans Feuz, secrétaire de l'Union bernoise de la protection civile; Heinz Bratschi, conseiller national, président de l'Union bernoise de la protection civile, chef local; Peter Schmid, conseiller d'Etat; Hans Mumenthaler, directeur de l'Office fédéral de la protection civile.

Eigenverantwortung betonende Aufbau für schweizerische Verhältnisse die richtige Lösung darstellt.
Wenn wir dabei feststellen, welche Aufgaben das Gesetz der Gemeinde zuweist, so sehen wir, dass es auf kommunaler Ebene vor allem darum geht, in Friedenszeiten

- den Zivilschutz der Gemeinde planerisch, organisatorisch und verwaltungsmässig zu gestalten durch Schaffung der entsprechenden Infrastruktur in Form einer Zivilschutzstelle und einer örtlichen Schutzorganisation;
- durch den Bau von öffentlichen Schutzräumen, Organisationsbauten, Sanitätsdienstlichen Anlagen und anderen Anlagen und Einrichtungen, die nicht anderweitig abgedeckten Schutzplatzbedürfnisse der Bevölkerung und der Zivilschutzorganisation abzudecken;
- die Schutzdienstpflichtigen der örtlichen Zivilschutzorganisation in Kursen, Übungen und Rapporten auszubilden und damit auf ihre Aufgabe vorzubereiten;
- das rechtzeitige Bereitstellen der Zivilschutzorganisation bei deren Aufgebot sowie das rechtzeitige Einrichten und Herrichten der Schutzräume für die Bevölkerung sicherzustellen;
- den ihnen zukommenden Anteil der Kosten dieser Aufgaben zu übernehmen;
- im Einsatz bei Kriegsereignissen durch den Ortschef den Einsatz der Mittel zu leiten;
- bei Hilfeleistungen bei Katastrophen Teile bzw. Elemente des Zivilschutzes zur Unterstützung der ordentlichen Mittel wie Feuerwehr, Polizei, Sanität, Gemeindedienste aufzubieten und ihnen die nötigen Aufträge zu erteilen.

Es ist ein Merkzeichen des Zivilschutzes, dass seine Vorbereitungen und sein Einsatz hauptsächlich den Gemeindebehörden zufallen. Die Führung ist damit im wesentlichen auf der Stufe der Gemeinde sicherzustellen. Dieser Aufbau unterscheidet sich deutlich von demjenigen der Armee mit ihrer Zentralisation und mit ihrer genau festgelegten Hierarchie.
Damit soll die Rolle von Bund und Kantonen keineswegs herabgemindert werden. An ihnen liegt es vielmehr, den Gemeinden die nötigen Anleitungen für die Durchsetzung der Aufgaben zu erteilen, sie durch Übernahme der Materialbeschaffung, gewisser Bereiche der Ausbildung, nämlich derjenigen für die oberen und mittleren Kader sowie gewisser Spezialisten und der Instruktoren, und schliesslich auch des grösseren Teils der anfallenden Kosten wirksam zu unterstützen. Ja, die Gemeinden müssten nötigenfalls dazu gezwungen werden, die vorgeschriebenen Schutzmassnahmen in die Wege zu leiten und innerhalb bestimmter Fristen abzuschliessen.

3. Zu den Verantwortungen der Gemeinde

3.1 Die Gemeinde als oberstes Organisationselement

Oberstes Organisationselement des Zivilschutzes ist grundsätzlich die Gemeinde. Für kleinere Gemeinden kann der zivilschutzmässige Zusammenschluss mit andern ähnlichen Gemeinden oder der zivilschutzmässige Anschluss an eine grössere Gemeinde finanzielle, verwaltungstechnische und bestandesmässige Vorteile bringen. Diese Vorteile müssen indessen in jedem Fall sorgfältig gegen die Nachteile abgewogen werden, die darin liegen, dass insbesondere die kleineren Gemeinden damit ihre Selbständigkeit in Zivilschutzsachen zum Teil verlieren, dass sich die Führung politisch, behördlich und zivilschutzmässig räumlich nicht deckt und dass der Ortschef einer aus mehreren Gemeinden zusammengesetzten Zivilschutzorganisation für die Erfüllung seines Auftrages gleichzeitig mehreren Gemeindebehörden gegenüber verantwortlich ist.
Als Zwischenlösung kann es sich hier als zweckmässig erweisen, nur bestimmte Zivilschutz-Aufgabenbereiche, wie zum Beispiel den AC-Schutzdienst oder die Alarmierung, mehrerer Gemeinden gemeinsam zu organisieren.

3.2 Zur Organisationspflicht

Das Zivilschutzgesetz von 1962 erklärte Gemeinden dann für organisationspflichtig, wenn sie ganz oder teilweise geschlossene Siedlungen von 1000 oder mehr Einwohnern aufwiesen. Dies waren damals rund 1250 Gemeinden. Die restlichen rund 1800 Gemeinden mit rund 800000 Einwohnern wurden erst mit der Revision 1978 des Zivilschutzgesetzes organisationspflichtig. Ihre Erfassung ist zudem heute in einer Reihe von Kantonen noch nicht abgeschlossen.

3.3 Die Bestimmung der Verantwortlichen für die Verwaltung und die Leitung des Zivilschutzes

Wie bei jeder zu erfüllenden Aufgabe kommt es im Zivilschutz entscheidend darauf an, dass er im Aufbau vernünftig organisiert ist und dass man für die Leitung die Leute bestimmt, die über das nötige Können, die erforderliche Erfahrung und damit auch das Vertrauen der Bevölkerung verfügen.
Bei der Zivilschutzstelle ist vorab dafür zu sorgen, dass sie richtig in die Gemeindeverwaltung integriert und mit dem der Grösse der Gemeinde und der Aufgabe entsprechenden Personal versehen wird. Bei der Besetzung der Leitungen ist darauf zu achten, dass nach Möglichkeit auf führungsgewandte Kräfte gegriffen wird, ganz gleichgültig, ob sie diese Kenntnisse in ihrer Zivilschutzlaufbahn, im Beruf oder in der Armee erworben haben. Ganz unbestritten ist, dass in der Armee erhaltene Schulung die Meisterung der Aufgabe im Zivilschutz erleichtert. Dies ist auch der Grund, warum der Bundesrat mit der Revision der Militärorganisation der Armee dem Zivilschutz vermehrt Offiziere zu einem früheren Zeitpunkt zur Verfügung stellen will.

3.4 Zur Planung der Zivilschutzmassnahmen

Eine so umfassende und komplexe Aufgabe wie der Schutz der Bevölkerung einer Gemeinde kann nur dann sinnvoll bewerkstelligt werden, wenn sie auf entsprechenden Planungen beruht.
Grundlage für alle durch die Gemeinden und die Zivilschutzorganisationen vorzukehrenden Massnahmen bildet die Generelle Zivilschutzplanung. Sie ist in den rund 1250 Gemeinden, die vor 1978 organisationspflichtig waren, abgeschlossen und wird periodisch nachgeführt. In den mit der Revision 1978 des Zivilschutzgesetzes organisationspflichtig gewordenen Gemeinden ist sie Bestandteil der zivilschutzmässigen Erfassung.
Zur Generellen Zivilschutzplanung hinzu kommen eine Reihe von anderen Planungen, die zwar die Gemeinden im Augenblick belasten, sich aber bei näherem Zusehen als unumgänglich erweisen. Vorab denke ich dabei an die Zuweisungsplanung. Sie dient dazu, die Bevölkerung auf die bestehenden Schutzräume oder die beim Aufgebot des Zivilschutzes noch herzurichtenden behelfsmässigen Schutzräume zuzuweisen und die Grundlagen für die Ein- und Herrichtung dieser Schutzräume zu liefern. Auch sie sollte von den politischen Behörden zur Kenntnis genommen werden, weil sie bei richtig verstandener Verantwortung das weitere Handeln bestimmen kann.
Andere Planungen ergeben sich im Bereiche der Alarmierung, die als Element der Führung auf Gemeindestufe in Friedenszeiten ebenso nützlich sein kann wie in Kriegszeiten, sowie der Löschwasserplanung, das heisst der Sicherstellung des Löschwassers für den Einsatzfall.

3.5 Zur Abgrenzung der Verantwortung zwischen Gemeindebehörden und Ortschef im Einsatzfall

Es kommt gelegentlich vor, dass hinsichtlich der Stellung des Ortschefs sowie seiner Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten Auffassungen vertreten werden, die sich mit den Bestimmungen des Zivilschutzgesetzes nicht vereinbaren lassen. Um die notwendige Richtigstellung zu erleichtern, möchte ich im folgenden auf einige wesentliche Gesichtspunkte hinweisen.

Die von den hiefür zuständigen Behörden zum aktiven Schutzdienst aufgebotenen Zivilschutzorganisationen – bzw. bei einem Teilaufgebot deren aufgebotene Teile – sind nach Artikel 14 des Zivilschutzgesetzes dem Ortschef unterstellt. Der Ortschef befiehlt den Einsatz der ihm unterstellten Mittel und stellt die Koordination mit allfälligen weiteren ihm durch oder über die Gemeinde zur Verfügung gestellten zivilen oder militärischen Mitteln sicher.

Bei der Erfüllung des ihm durch Gesetz und Verordnung erteilten Auftrages handelt der Ortschef eigenständig nach seiner Beurteilung der Lage, das heisst, er ist an keinerlei Instruktionen gebunden. Vorbehalten bleiben im Einzelfall die Anordnung der Alarmierung bzw. der Verbreitung von Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung durch die hiefür zuständige Behörde sowie die Anordnung bzw. Ermächtigung zur nachbarlichen oder regionalen Hilfe durch die Gemeindebehörde. Für die Erfüllung seines gesetzlichen Auftrages ist der Ortschef gegenüber der Gemeindebehörde, nicht aber gegenüber den Trägern der kantonalen Hoheit verantwortlich. Es handelt sich dabei um eine Verantwortlichkeit im Nachhinein, oder, anders gesagt, die Führung durch den Ortschef bedarf nicht der vorgängigen Sanktionierung durch eine andere Stelle.

Wie sind in diesem Zusammenhang die Befugnisse für den im Zivilschutzgesetz ausdrücklich vorgesehenen Einsatz der Zivilschutzorganisation zur nachbarlichen oder regionalen Hilfe geregelt?

Begehren betreffend Einsatz von Teilen einer Zivilschutzorganisation zur Hilfeleistung ausserhalb der eigenen Gemeinde bzw. entsprechende Anordnungen der Träger kantonaler Hoheit gelten stets als an die Gemeindebehörde gerichtet. Gelangen sie direkt an den Ortschef, hat er den Fall seiner Gemeindebehörde zu unterbreiten, sofern ein derartiger Einsatz ins Gewicht fallende Nachteile für die eigene Gemeinde mit sich bringen könnte.

Hilfsbegehren des Ortschefs an Nachbarn, an Träger kantonaler Hoheit oder an in der Gemeinde stationierte Truppen bedürfen der Zustimmung der Gemeindebehörde, sobald es um Angelegenheiten von Bedeutung geht.

Ist die Gemeindebehörde nicht innert nützlicher Frist erreichbar, handelt der Ortschef in den vorerwähnten Fällen selbständig.

Nach dem Gesetz können die Zivilschutzorganisationen auch während des aktiven Schutzdienstes zur Nothilfe bei Katastrophen herangezogen werden. Dabei geht es um gezielte, den Möglichkeiten der Zivilschutzorganisationen angemessene Hilfeleistungen im Einzelfall an diejenigen Stellen (Gemeindewerke, öffentliche Dienste, Wehrdienste usw.), in deren angestammten Verantwortungsbereichen Verstärkung erforderlich ist. Zuständig für die Anordnung dieser Nothilfe ist die Gemeindebehörde. Er gibt die Beurteilung der Lage durch den Ortschef, dass die Erfüllung der eigenständigen Aufgaben der Zivilschutzorganisationen zufolge der angeordneten Nothilfe in Frage gestellt ist, macht er die Gemeindebehörde darauf aufmerksam. Besteht diese auf ihrem Entscheid, hat der Ortschef die angeordnete Nothilfe zu leisten.

Die weit verbreitete Vorstellung, dass der «Ortschef» gewissermassen der Generalbevollmächtigte der Gemeinde für ausserordentliche Lagen ist, ist falsch. Der Ortschef ist vielmehr der Chef einer durch Gesetz vorgeschriebenen Organisation der Gemeinde, deren Einsatz er befiehlt und koordiniert. Dabei bleibt er den Gemeindebehörden gegenüber verantwortlich für die Ausführung seines Auftrages. Mit anderen Worten, die Bezeichnung «Ortschef des Zivilschutzes» käme der Sache näher.

3.6 Zu den Finanzen

Nach den gesetzlichen Vorschriften haben die Gemeinden die Verwaltung ihres Zivilschutzes selbst zu bestreiten und zudem den Anteil der Kosten für die Erstellung der Schutzbauten und Einrichtungen, des nötigen Materials und der Ausbildung zu übernehmen, der nach Abzug der Bundes- und Kantonsbeiträge verbleibt. An sich handelt es sich dabei rechtlich um gebundene Ausgaben, das heisst um solche, bei denen kein unbeschränktes freies Entscheidungsrecht besteht. Es ist deshalb, wie auch aus entsprechenden Rechtsgutachten ergeht, an sich angängig, selbst Entscheide mit finanziellen Folgen allein in der Verantwortung der Exekutiven einer Gemeinde zu treffen. In der Regel wird allerdings von dieser Möglichkeit nur relativ wenig Gebrauch gemacht und der Souverän um Mitwirkung ersucht.

3.7 Zur Information

Auch die Information gehört zu den Aufgaben der Gemeindebehörden. Durch eine zweckmässige Information soll dem einzelnen die Notwendigkeit

und Wirksamkeit der Zivilschutzmassnahmen verdeutlicht werden. Dabei ist es wesentlich, ihm gleichzeitig seine eigene Verantwortung aufzuzeigen. Zudem soll der einzelne durch Information zum richtigen Verhalten im Ernstfall angeleitet werden. Die Bekanntgabe der Schutzraumzuweisung an die Bevölkerung, wo dies verantwortet werden kann, die Veranstaltung von Orientierungsveranstaltungen und anderem mehr sind bedeutsame Schritte auf diesem Weg. Richtige Information fördert das Verständnis für den Zivilschutz und erleichtert die Sicherstellung dessen Aufgabe. Sie ist damit auch eine Unterstützung der Behörden in der Verwirklichung der ihnen in diesem Bereich obliegenden Verantwortung.

3.8 Die Gemeinde ist in ihren Verantwortungen nicht allein

Aus meinen bisherigen Ausführungen könnte der Eindruck entstanden sein, dass die Gemeinden bei der Verwirklichung des Zivilschutzes gewissermassen allein dastehen. Das ist keineswegs so. Richtig ist es, dass die Gemeinden neben all ihren übrigen Aufgaben, und sicher auch bis zu einem gewissen Grad in Konkurrenz zu diesen Aufgaben, im Bereiche des Zivilschutzes eine grosse Verantwortung tragen. Sie müssen und können aber darauf zählen, dass die zuständigen Organe des Bundes und der Kantone, die eine ebenso klare gesetzliche Verpflichtung haben, sie im Angehen der Aufgabe nicht nur mit Rat, sondern auch mit Tat, das heisst finanziell und anders, zu unterstützen. Falsch wäre es aber, das eigene Handeln nur vom Handeln dieser übergeordneten Stellen abhängig zu machen. Die der Gemeinde obliegende Verantwortung ist in erster Linie eine Verantwortung dem eigenen Bürger gegenüber. Dieser wird deren richtige Wahrnehmung, wenn es einmal, was wir alle nicht hoffen, zum Einsatz kommen sollte, nur an dem messen, was dannzumal vor allem auf Gemeindestufe geleistet wird.

Zur eigenen Initiative

Mit den Hinweisen auf die Verantwortung der Gemeinde habe ich schon angedeutet, dass daraus auch das Recht und die Pflicht abgeleitet werden kann, nach Massgabe der eigenen Notwendigkeiten sowie rechtlichen und praktischen Möglichkeiten in eigener Initiative über das hinauszugehen, was Bund und Kantone verlangen und geregelt haben. Dabei erscheint es mir allerdings wesentlich, dass die eigene Initiative sich nicht in erster Linie auf möglichst phantasievolle Interpretationen der von oberen Stellen gemachten Vorgaben richten sollte, sondern vielmehr auf das Schliessen bekannter oder beim Aufbau der Organisation sichtbar werdender Lücken. Wo Gemeinden hiezu die nötigen Mittel haben, ist es auch vorstellbar, dass auf eigenes Risiko Bauten oder die Beschaffung von Material vorangetrieben werden, die von Bund und Kantonen aus dem einen oder andern Grund nicht oder noch nicht finanziert werden können. Zweckmässig wäre allerdings in einem solchen Falle, die eigenen Absichten mit denjenigen der übergeordneten Stellen abzusprechen, um nach Möglichkeit Fehlinvestitionen zu vermeiden.

5. Zum bisher Erreichten

In meinen Ausführungen habe ich Aufgaben und Verantwortungen aufgezeigt, die es möglichst rasch und umfassend wahrzunehmen gilt. Ich wäre ungerecht, würde ich nicht mindestens stichwortartig noch aufzeigen, was wir seit der Inangriffnahme der Arbeiten im Zivilschutz erreicht haben, bzw. wo noch die grössten Lükken bestehen.

Allem vorweg darf festgehalten werden, dass wir heute über 5 Millionen unserer rund 6,3 Millionen Einwohner in Schutzräumen, die den heutigen Anforderungen genügen, in der Nähe ihrer Wohnung schützen können. Es fehlen somit «nur» noch etwa 1,4 Mio. Schutzplätze, vorwiegend in kleineren Gemeinden mit relativ geringer Bautätigkeit. Nur durch eine konsequentere Förderung der Erstellung öffentlicher Schutzräume lässt sich dieses Defizit innert verantwortbarer Dauer abtragen. Bund und Kantone werden sich hier etwas einfallen lassen müssen, um den Anreiz hiezu zu vergrössern.

Die Schutzanlagen der Zivilschutzorganisationen, das heisst die Kommandoposten und Bereitstellungsanlagen, bestehen heute zu 35%, die sanitätsdienstlichen Anlagen, das heisst die Geschützten Operationsstellen, Notspitäler, Sanitätshilfsstellen und Sanitätsposten, die heute schon gegen 80000 geschützte Liegestellen aufweisen, zu 50%.

Das sind stolze Zahlen, um die uns das Ausland beneidet. Es darf davon ausgegangen werden, dass die Bevölkerung in den grösseren Gemeinden um das Jahr 1990 voll geschützt werden kann und dass dies in den kleineren Gemeinden um das Jahr 2000 der Fall sein wird. Bis dahin sollten auch die noch fehlenden Anlagen erstellt sein.

Das für die Erstausrüstung der Zivilschutzorganisation erforderliche Material ist wertmässig zu 60% ausgeliefert. Bei gleichbleibenden Mitteln wird es allerdings nicht möglich sein, verschiedene für die Aufgabenerfüllung wichtige Vorhaben vor 1990 in Angriff zu nehmen.

Schliesslich sei beigefügt, dass im Bereiche der Ausbildung heute rund 60% der 520000 Schutzdienstpflichtigen in ihrer Einteilung entsprechenden Instruktionsdiensten ausgebildet worden sind. Der grösste Rückstand besteht zurzeit noch bei den für die Einrichtung, den Betrieb und die Führung der Schutzräume notwendigen Schutzraumchefs. Diese Lücken sowie die Mängel, die bei der Durchführung der Instruktionsdienste im Rahmen der Leitungen und Formationen, das heisst in den Wiederholungskursen in der Gemeinde, noch bestehen, gilt es raschmöglichst zu beheben, um damit im Ausbildungs- und Dienstbetrieb zu der auch für die Zivilschutzorganisationen unerlässlichen Tradition zu kommen.

6. Zivilschutz und Friedensbewegungen

Es scheint mir angezeigt, abschliessend noch einige Gedanken zum Thema Zivilschutz und Friedensbewegungen zu äussern.

Der Zivilschutz stellte, so die Arbeitsgemeinschaft «Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden», die beim Schweizerischen Friedensrat Adresse verzeigt, eine passive Atomkriegsvorbereitung dar, indem er die Illusion fördere, ein atomarer Krieg sei überlebbar und somit auch führbar. Als Teil der Gesamtverteidigung trage er wesentlich dazu bei, die im neuen Armeeleitbild geforderte Gleichsetzung von Friedens- und Kriegsstrukturen voranzutreiben. Sein Grundgedanke sei die Einigelung. Dazu folgenden Entgegnungen:

1. Sich für den Frieden einzusetzen, den wir alle wollen, ist eine gute Sache. Auf der andern Seite gilt es zur Kenntnis zu nehmen, wie unsere Welt, unsere Umwelt aussieht, wenn wir nicht utopisch werden wollen. Mit unserer Gesamtverteidigung wollen wir, wie schon das Wort sagt, einem allfälligen Angriff begegnen können. Das ist nichts anderes als Notwehr, die seit jeher ihre ethisch/moralische Rechtfertigung hatte und hat.
2. Der Einsatz von Massenvernichtungsmitteln in einem künftigen Krieg kann leider angesichts der Arsenale an solchen Waffen nicht ausgeschlossen werden.
3. Dass ein künftiger Krieg in Europa unweigerlich auch ein Atomkrieg sein müsste, ist aber keineswegs gesagt und auch nicht unbedingt wahrscheinlich. Bei gegenseitiger nuklearer Sättigung

wird ein Atomkrieg auch nach Auffassung der für die Landesverteidigung Verantwortlichen immer weniger führbar und damit auch immer weniger wahrscheinlich.
4. Wenn aber Atomwaffen eingesetzt werden sollten, wird man sich fragen müssen, was ein Gegner damit will. Es könnte ihm darum gehen, den Durchmarsch zu erzwingen oder sich das Land zu unterwerfen. Was bei einer solchen Annahme in Frage käme, wäre die Ausschaltung bestimmter Ziele mit taktischen oder die Erpressung mit strategischen Waffen. Die Folgen für das betroffene Gebiet wären in beiden Fällen katastrophal. Das Schadengebiet wäre aber trotzdem eingegrenzt und liesse sich mit tauglichen Zivilschutzmassnahmen wesentlich einschränken. Dies muss der tendenziösen, verzerrenden Darstellung der Bedrohung entgegengehalten werden.
5. Der Zivilschutz kann keinen absoluten Schutz anbieten. Was er aber kann und will, ist, durch seine Massnahmen die Zahl der Verluste, Verletzten sowie allenfalls Strahlenkranken wesentlich herabzusetzen. Damit kann viel menschliches Leid vermieden werden.
6. Der Wunsch und das Streben nach Frieden sind kein Privileg derer, die dieses Wort gewissermassen in ihrer Firmenbezeichnung führen. Wehr- und Schutzlosigkeit haben, wie die Geschichte zeigt, noch nie Konflikte verhindert, sondern durch Provozierung von Machtgelüsten eher gefördert. Der Zivilschutz als beachtliches passives Dissuasionsmittel, ist ein wesentlicher Beitrag zur Friedenserhaltung. ■

Grande affluence à la journée de la protection civile «Gemeinde 83» à Berne

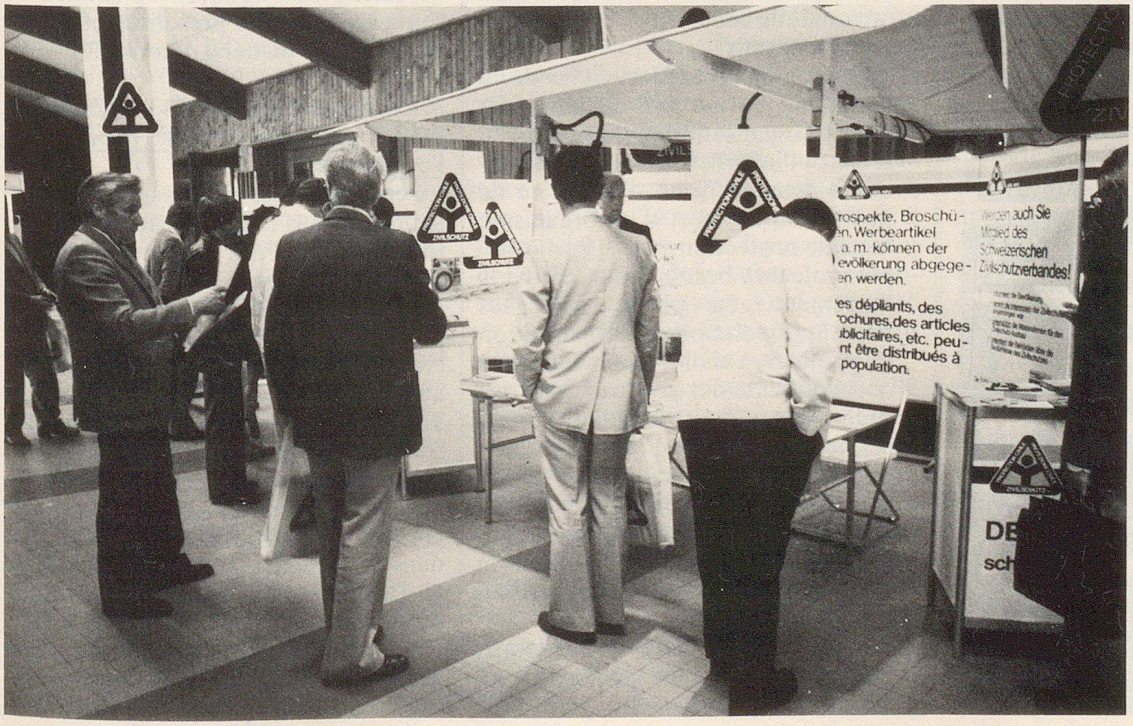
Une profession de foi en faveur de la protection de la population à tous les niveaux

Am. Pour les quelque 200 représentants de communes de la Suisse entière, la journée de la protection civile à «Gemeinde 83», la 6e foire professionnelle consacrée aux besoins des communes, a revêtu plus d'importance qu'une simple excursion printanière dans la Ville fédérale.
Présentant les points de vue de la commune, du canton et de la Confédération, trois conférenciers ont exposé aux participants à la réunion quel est le niveau atteint par la protection civile au cours des vingt dernières années, quels problèmes cela suscite et comment les trois responsables de la protection civile voient leurs partenaires.
Ces trois exposés, l'un nous reproduisons ci-après sous une forme légèrement abrégée, ont montré qu'un grand travail a été fourni à tous les échelons, que les problèmes varient par la force des choses, mais que, cependant, tous gardent devant les yeux l'objectif commun de la conception: mettre une place protégée dans un abri à la disposition de chaque habitant de notre pays.

Me Hans Mumenthaler, directeur de l'Office fédéral de la protection civile

1. La mission de la protection civile
La mission stratégique de la protection civile, telle qu'elle est définie à l'article premier de la loi fédérale du 23 mars 1962 sur la protection civile et dans le rapport du Conseil fédéral du 27 juin 1973 sur la politique de sécurité peut se diviser en les trois principes suivants:
- Il faut tout d'abord consolider, déjà en temps de paix, la capacité de résistance de notre pays face à des attaques et à des tentatives de chantage de puissances étrangères, ensuite agir par la dissuasion grâce à la crédibilité des mesures de protection civile.
- Puis, en cas d'un conflit armé, la protection civile doit, en collaboration avec l'armée, l'économie de guerre et d'autres organes civils, rendre possible la survie de la plus grande partie possible de la population et créer ainsi une condition essentielle à sa pérennité.
- Enfin, la protection civile doit porter secours en cas de catastrophe survenant en temps de paix ou en temps de service actif. Elle le fait en renforçant les moyens de la police, des sapeurs-pompiers, etc., qui sont engagés dans de tels cas sous la responsabilité des autorités civiles.

Il ressort clairement de la formulation



Umlagerter Informationsstand des Bernischen Zivilschutzverbandes.

Grande fréquentation au stand d'information de l'Union bernoise de la protection civile.

même de cette mission que la protection civile est une tâche dont la réalisation revêt une grande importance pour la commune.

2. Le rôle de la commune dans la protection civile

Il y a presque exactement une année, la Commission de gestion du Conseil national inscrivit, dans son rapport sur l'inspection effectuée à l'Office fédéral de la protection civile, la phrase simple mais très pertinente que voici:
«La population doit pouvoir survivre dans sa commune; c'est pourquoi la protection civile est organisée dans ce cadre-là.»
On y déclare sans équivoque que les communes sont les principales responsables de la protection civile, cela dans tous les domaines. Etre responsable sous-entend responsabilités et compétences, droits et devoirs, tâches mais aussi obligation de prendre des décisions.
Le rapport intermédiaire sur l'état de préparation de la protection civile, vieux maintenant de bientôt quatre mois, qui a été élaboré en réponse à l'intervention parlementaire du conseiller national Beda Humbel, souligne de son côté la position de la commune, qui vient d'être relevée, par cette phrase:
«La commune est en principe l'élément suprême dans l'organisation de la protection civile.»
Ici aussi, on met l'accent sur la grande responsabilité propre de la commune, ce que le législateur a déjà fixé à l'article 10 de la loi sur la protection civile, du 23 mars 1962. Cet article stipule qu'en tant que principales responsables de la protection civile, les communes exécutent sur leur territoire les mesures ordonnées par la Confédération et les cantons.

Des critiques de cette structure fédéraliste de la protection civile, qui souligne l'autonomie communale, font valoir le manque de structure hiérarchique.
Cette situation est source de difficultés lors d'intervention et de différences presque inadmissibles dans l'état de préparation en matière de construction, d'organisation et d'instruction.
Que répondre à ce reproche? A mon avis, cette structure permet des solutions sur mesure tenant compte des conditions locales. L'évolution de la pensée de la protection civile s'effectue d'une manière transparente à tous et sur un plan que le citoyen peut influencer. En décentralisant les responsabilités, il est possible de remédier largement aux difficultés survenant en cas de défaillance des échelons de commandement supérieurs. La sensibilité aux crises de l'Etat dans son ensemble est diminuée.
Si les différences entre cantons et entre leurs communes sont encore trop grandes, elles représentent en quelque sorte un tribut à payer au fédéralisme et notamment à l'autonomie de la commune.
Il convient évidemment de corriger cette lacune par l'information et la motivation, mais aussi, au besoin, en faisant intervenir la Confédération et les cantons. Cela ne change rien au fait que la structure choisie par le législateur, qui s'appuie sur l'idée d'une prise de conscience et d'une responsabilité individuelles, représente la solution juste qui tient compte des conditions suisses.
Si nous nous arrêtons aux tâches que la loi attribue à la commune, nous voyons qu'il s'agit surtout, au niveau communal, de celles-ci:
En temps de paix
- organiser la protection civile de la commune en matière de planification, d'organisation et de gestion en créant l'infrastructure correspondante sous la forme d'un office de protection civile et d'un organisme local de protection;
- pourvoir aux besoins, non couverts autrement, en places protégées pour la population et l'organisation de protection civile, en réalisant des abris publics, des constructions des organismes, des constructions du service sanitaire et d'autres constructions et installations;
- instruire dans des cours, des exercices et des rapports les personnes astreintes à servir de l'organisation de protection civile, et les préparer ainsi à leur tâche;
- assurer la mise à disposition à temps de l'organisation de protection civile lors de sa mise sur pied ainsi que l'aménagement et l'équipement en temps utile des abris destinés à la population;
- assurer la part des frais découlant de ces tâches, qui leur incombe;
- lors d'une intervention en cas d'événements de guerre, diriger l'engagement des moyens par le chef local;
- lors de secours en cas de catastrophe, mettre des parties ou des éléments de la protection civile à disposition pour soutenir les moyens ordinaires comme les sapeurs-pompiers, la police du feu, le service sanitaire et autres services communaux et leur donner les ordres nécessaires.

C'est à mon sens une caractéristique de la protection civile que ses préparatifs et son intervention incombent principalement aux autorités communales. La conduite doit ainsi être assurée dans l'essentiel au niveau de la commune. Cette structure se distingue nettement de celle de l'armée, caractérisée par la centralisation et une hiérarchie bien définie.
Le rôle de la Confédération et des cantons n'est nullement amoindri pour autant. Il leur appartient plutôt de communiquer aux communes les instructions nécessaires à l'accomplissement de leurs tâches, de les soutenir efficacement en prenant en charge l'acquisition du matériel, en assumant certains domaines de l'instruction, notamment l'instruction des cadres moyens et supérieurs ainsi que de certains spécialistes et des instructeurs et, finalement, de supporter aussi la plus grande part des frais qui en résultent. Certes, au besoin, les communes devraient être obligées de mettre en route les mesures prescrites et de les réaliser dans un délai déterminé.

3. Les responsabilités de la commune

3.1 La comune, élément suprême de l'organisation

La commune est en principe l'élément suprême dans l'organisation de la protection civile. Pour de petites communes, les réunions avec d'autres semblables ou avec une plus grande peuvent présenter, en matière de protection civile, des avantages au plan financier, administratif et à celui des effectifs. Toutefois, il faut, dans chaque cas, soupeser soigneusement les avantages et les inconvénients. En l'occurrence, les petites communes en particulier perdent en partie leur indépendance dans le domaine de la protection civile. Ensuite, la direction administrative et politique et celle de la protection civile ne se recouvrent pas géographiquement. Enfin, le chef local d'une organisation de protection civile réu-

nissant plusieurs communes est responsable, dans l'accomplissement de sa mission, envers plusieurs autorités communales.
Il peut s'avérer indiqué, comme solution intermédiaire, de n'organiser en commun que des tâches bien déterminées de protection civile, par exemple le service de protection AC, l'alarme, etc.

3.2 L'obligation de créer des organismes de protection
Selon la loi sur la protection civile de 1962, seules étaient tenues de créer des organismes de protection les communes comprenant des agglomérations de 1000 habitants ou plus, où les habitations sont, totalement ou en partie, implantées en ordre serré. 1250 communes étaient alors en cause. Les 1800 communes restantes, comprenant 800000 habitants, n'ont été soumises à l'obligation de créer des organismes de protection que par la révision, en 1978, de la loi sur la protection civile. Aujourd'hui, leur recensement n'est pas encore achevé dans bon nombre de cantons.

3.3 La désignation des responsables de l'administration et de la direction de la protection civile
Comme pour toute tâche à remplir, il est important que la protection civile soit bien organisée dans ses structures. Il faut aussi désigner pour sa direction des personnes qui disposent des capacités et de l'expérience nécessaires et bénéficient ainsi de la confiance de la population.
En ce qui concerne l'office de protection civile, on veillera à ce qu'il soit bien intégré et dispose du personnel en conformité avec la grandeur de la commune et de la tâche. Lors de la nomination de personnes à des postes de direction, on s'efforcera de recourir à des forces versées dans le commandement. Peu importe que celles-ci aient acquis leurs connaissances dans une carrière de protection civile, dans une profession ou dans l'armée. Sans nul doute, la formation reçue dans l'armée facilite la maîtrise de la tâche dans la protection civile. C'est la raison pour laquelle le Conseil fédéral veut mettre à la disposition de la protection civile des officiers par le biais de la révision de l'organisation de l'armée.

3.4 La planification des mesures de protection civile
Une tâche aussi vaste et complexe que la protection de la population d'une commune ne peut se réaliser judicieusement que si elle s'appuie sur des planifications correspondantes.

Annähernd 200 Vertreter aus schweizerischen Gemeinden liessen sich über den Zivilschutz orientieren. (Bilder BZS)

Près de 200 représentants de communes suisses écoutent les informations données sur la protection civile. (Fotos OFPC)

La planification générale de la protection civile constitue la base de toutes les mesures à prendre par les communes et par les organisations de protection civile. Achevée dans les 1250 communes qui, avant 1978 déjà, étaient tenus de créer des organismes de protection, sa mise à jour a lieu périodiquement. Dans les communes soumises à l'obligation de créer des organismes de protection depuis la révision de 1978 de la loi sur la protection civile, cette planification fait partie intégrante du recensement en matière de protection civile.
Une série d'autres planifications s'ajoute à la planification générale. Elles créent momentanément une charge pour les communes, mais, en regardant de plus près, elles s'avèrent indispensables. Je pense avant tout au plan d'attribution. Celui-ci sert à attribuer à la population les abris existants ou les abris de fortune qui doivent encore être aménagés en cas de mise sur pied de la protection civile; il fournit les bases pour l'aménagement et l'équipement de ces abris. Les autorités politiques doivent aussi connaître ce plan qui, s'il est bien compris, peut déterminer la suite des opérations.
Il existe d'autres planifications: celle dans le domaine de l'alarme qui, en temps de paix comme en temps de guerre, peut servir d'élément de conduite à l'échelon commnal, ainsi que la planification de l'eau d'extinction qui consiste à assurer l'alimentation en eau d'extinction en cas d'intervention.

3.5 La délimitation de la responsabilité entre les autorités communales et le chef local en cas d'intervention
La position du chef local, ses compétences et ses responsabilités sont parfois interprétées d'une manière inconciliable avec les dispositions de la loi sur la protection civile. Pour remettre les choses à leur place, je voudrais relever, ci-après, quelques points essentiels.
Les organisations de protection civile mises sur pied pour du service actif par les autorités compétentes ou, en cas de mise sur pied partielle, des parties de ces organisation sont soumises au chef local selon l'article 14 de la loi sur la protection civile. Celui-ci ordonne l'engagement des moyens à sa disposition et assure la coordination avec tous les autres moyens militaires ou civils qui sont mis à sa disposition par la commune ou l'intermédiaire de celle-ci.
Le chef local accomplit la mission que lui confient la loi et l'ordonnance, d'une manière autonome et selon son appréciation de la situation. Il n'est donc lié à aucune sorte d'instruction. Demeurent réservés l'ordre d'alarmer ou la diffusion à la population d'instructions de comportement qui ressortit à la compétence des autorités, ainsi que l'ordre ou l'autorisation donnée par les autorités compétentes de recourir à l'entraide interrégionale et régionale. Le chef local est responsable de l'exécution de sa mission légale devant les autorités communales, mais non devant les représentants de la souveraineté cantonale. Il s'agit en l'occurrence d'une responsabilité apparaissant après coup.
Autrement dit, la conduite par le chef local n'a pas besoin d'être préalable-

ment sanctionnée par un autre organe. Comment sont réglées les compétences lorsque l'organisation de protection civile est appelée à intervenir en cas d'entraide interrégionale et régionale, intervention qui est prévue expressément dans la loi sur la protection civile?
Les demandes d'intervention de parties d'une organisation de protection civile pour porter des secours en dehors de la propre commune sont toujours réputées être adressées aux autorités communales. Il en est de même d'ordres y relatifs émanant de représentants de la souveraineté cantonale. Si de tels ordres ou demandes parviennent directement au chef local, celui-ci doit soumettre le cas aux autorités communales pour autant qu'une telle intervention risque d'entraîner des désavantages importants pour sa commune.
Le chef local a besoin de l'accord des autorités communales s'il veut demander de l'aide à des voisins, à des représentants de la souveraineté cantonale ou à des troupes stationnées dans la commune, dès qu'il s'agit d'affaires importantes.
Le chef local agit de manière autonome dans les cas susmentionnés, si les autorités communales ne peuvent être atteintes dans un délai utile.

Selon la loi, les organisations de protection civile peuvent être appelées à porter de l'aide en cas de catastrophe, également pendant le service actif de protection. Cette aide sera adaptée aux possibilités des organisations de protection civile et, dans certains cas, offerte aux organes (service industriels de la commune, services publics, services de défense civile, etc.) nécessitant des renforts dans leur domaine de responsabilités. Les autorités communales sont compétentes pour ordonner ces secours urgents. Si le chef local estime que l'accomplissement des tâches autonomes de la protection civile est compris par les secours ordonnés, il en avertit les autorités communales. Si celles-ci restent sur leur position, le chef local doit apporter les secours urgents ordonnés.
L'idée largement répandue selon laquelle le chef local serait le mandataire général de la commune pour des situations exceptionnelles, est fausse. Le chef local est bien plus le chef d'une organisation de la commune prescrite par la loi, dont il commande et coordonne l'engagement. Il reste responsable de l'exécution de sa mission devant les autorités communales. En d'autres termes, la désignation «chef local de la protection civile» serait plus proche de la réalité.

3.6 Les finances
Selon les prescriptions légales, les communes doivent subvenir elles-mêmes à l'administration de leur protection civile. Elles doivent en outre assumer les frais de réalisation des abris et des installations, d'acquisition du matériel nécessaire et de ceux de l'instruction, après déduction des subventions fédérales et cantonales. Juridiquement, il s'agit en soi de dépenses liées, c'est-à-dire de dépenses pour lesquelles il n'existe aucun droit illimité de libre décision. Comme il ressort aussi d'avis de droit y relatifs, il est ainsi possible en soi de prendre même des décisions avec conséquences financières sous la responsabilité des organes exécutifs d'une commune. En règle générale, on ne fait toutefois que relativement peu usage de cette possibilité et le souverain est appelé à collaborer.

3.7 L'information
L'information fait aussi partie des tâches des autorités communales. Par une information adéquate, il importe de faire comprendre à chacun la nécessité et l'efficacité des mesures de protection civile. Il est important à ce sujet de lui montrer en même temps sa propre responsabilité. Chacun doit savoir par l'information comment il doit se comporter dans un cas grave. La communication de l'attribution des abris à la population, là où c'est possible, l'organisation de manifestations d'information, entre autres, constituent un pas important sur cette voie. Une information juste favorise la compréhension envers la protection civile et lui facilite l'exercice de sa mission. Elle permet aussi d'aider les autorités à assumer la responsabilité qui leur incombe dans ce domaine.

3.8 La commune n'est pas seule à assumer ses responsabilités
Les considérations que je viens d'exprimer éveillent peut-être l'impression que les communes se trouvent en quelque sorte seules à réaliser la protection civile. Ce n'est nullement le cas. Il est juste que les communes assument une grande responsabilité dans le domaine de la protection civile, à côté de leurs autres tâches et, sans doute aussi jusqu'à un certain point, en concurrence avec celles-ci. Mais elles doivent et peuvent compter sur le soutien des organes compétents de la Confédération et des cantons, qui ont aussi une obligation légale claire, non seulement par des conseils mais encore par des actions de nature financière ou autre. Il serait cependant faux de ne faire dépendre l'action propre que de celle de ces services supérieurs. La responsabilité incombant à la commune est en premier lieu une responsabilité à l'égard du citoyen. Si l'on était amené à intervenir, ce que nous tous n'espérons pas, le citoyen ne mesurera la prise de conscience de cette responsabilité qu'à ce qu'on aura accompli surtout à l'échelon communal.

4. L'initiative propre
Par mes considérations sur la responsabilité de la commune, j'ai déjà laissé entendre qu'on pouvait en déduire le droit et l'obligation d'aller au-delà, suivant les nécessités propres et les possibilités légales et pratiques, de ce que la Confédération et les cantons exigent et ont réglé. Il me paraît toutefois important à ce sujet que l'initiative ne tende pas en premier lieu à interpréter avec le plus de fantaisie possible les données des organes supérieurs, mais plutôt à combler des lacunes connues ou devenant visibles lors de l'élaboration de l'organisation. Là où des communes possèdent les moyens nécessaires, il est aussi imaginable que des constructions ou l'acquisition de matériel, que la Confédération ou les cantons ne peuvent financer pour une raison ou pour une autre, soient activées à leur propre risque. Il serait cependant indiqué dans un tel cas de confronter les intentions avec celles des organes supérieurs afin d'éviter si possible de faux investissements.

5. L'acquis
Je viens de parler des tâches et des responsabilités dont il s'agit de prendre conscience le plus rapidement et complètement possible. Je serais injuste si je ne montrais pas, au moins en quelques mots, ce que nous avons atteint depuis le début des travaux dans la protection civile et où les plus grandes lacunes existent encore.

Constatons tout d'abord que nous pouvons protéger aujourd'hui, à proximité de leur habitation, plus de 5 millions de nos 6,3 millions d'habitants dans des abris qui suffisent aux exigences actuelles. Il ne manque ainsi encore que quelque 1,4 million de places protégées, avant tout dans de petites communes ayant une activité relativement faible dans le bâtiment. On ne peut combler ce manque dans un délai raisonnable qu'en encourageant systématiquement la réalisation d'abris publics. La Confédération et les cantons devront s'aviser d'en accroître l'attrait.
Les constructions des organismes de protection, soit les postes de commandement et les postes d'attente, exis-

tent aujourd'hui à environ 35% les constructions du service sanitaire, soit les centres opératoires protégés, les hôpitaux de secours, les postes sanitaires de secours et les postes sanitaires, qui offrent déjà aujourd'hui quelque 80000 lits protégés, à 50%.
Ce sont des chiffres dont on peut être fier et que l'étranger nous envie. On admet que, vers l'an 1990, la population des plus grandes communes pourra être entièrement protégée. Pour les petites communes, ce sera le cas vers l'an 2000. D'ici là, on devrait avoir réalisé les constructions qui manquent encore.
Le matériel nécessaire au premier équipement des organisations est livré à 60% de sa valeur. Toutefois, en partant de moyens constants, il ne sera pas possible d'entreprendre, avant 1990, divers projets importants pour l'accomplissement des tâches.

On ajoutera finalement que, dans le domaine de l'instruction, quelque 60% des 520000 personnes astreintes à servir dans la protection civile ont aujourd'hui été formées dans des services d'instruction correspondant à leur incorporation. L'instruction des chefs d'abri nécessaires à l'aménagement, au fonctionnement et à la conduite des abris souffre actuellement du plus grand retard. Il s'agit de combler le plus rapidement possible ces lacunes et les manques qui existent encore dans la commune en ce qui concerne les services d'instruction pour les directions et formations, c'est-à-dire les cours de répétition. Il se créera ainsi une tradition dans le fonctionnement du service et de l'instruction, ce qui est indispensable aux organisations de protection civile.

6. La protection civile et les mouvements pour la paix

Il me paraît indiqué pour terminer de m'exprimer sur le thème de la protection civile et des mouvements pour la paix.
La protection civile représenterait une préparation passive à une guerre atomique, en propageant l'illusion qu'on pourrait survivre à une guerre atomique et donc qu'une telle guerre serait réalisable. C'est ce que dit la communauté de travail «Wir wollen nicht zu Tode verteidigt werden», qui est inscrite au Conseil suisse des associations pour la paix. En tant que composante de la défense générale, la protection civile contribuerait grandement à activer la mise sur le même plan des structures de guerre et de paix, préconisée dans le nouveau modèle d'armée. La pensée de base serait le nivellement. A cela, je répondrais ce qui suit:
1. S'engager pour la paix, que nous voulons tous, est une bonne chose. Mais il convient également de savoir à quoi ressemble notre monde, notre environnement si nous ne voulons pas devenir des utopistes. Par notre défense générale nous voulons, comme l'expression le dit déjà, pouvoir faire face à une attaque éventuelle. Ce n'est pas autre chose qu'une défense légitime, qui eut de tout temps et a toujours sa justification éthique.
2. L'utilisation de moyens de destruction massive dans une future guerre ne peut malheureusement pas être exclue, vu les arsenaux regorgeant de telles armes.
3. Ce n'est pas du tout dit, ni nécessairement certain qu'une guerre future en Europe doive inéluctablement être une guerre atomique. Selon la conception des responsables de la défense nationale, la saturation nucléaire réciproque rend une guerre atomique toujours moins réalisable et ainsi toujours moins vraisemblable.
4. Si des armes atomiques devaient être utilisées, il faudrait se demander ce qu'un adversaire voudrait par là. Il pourrait s'agir pour lui de forcer le passage ou d'obliger le pays à se soumettre. Si l'on retient de telles suppositions, ce qui entrerait en ligne de compte serait l'élimination d'objectifs précis par des armes tactiques ou le chantage par des armes stratégiques. Les conséquences pour la zone touchée seraient catastrophiques dans les deux cas. La zone sinistrée serait cependant localisée et de bonnes mesures de protection pourraient la limiter sensiblement. Voilà ce qu'on doit opposer à la présentation tendancieuse et destructrice de la menace.
5. La protection civile ne peut pas offrir une protection absolue. Mais ce qu'elle peut et veut, c'est prendre des mesures permettant d'abaisser le nombre des pertes, des blessés et, au besoin, des victimes de radiations. Ainsi, on peut éviter beaucoup de souffrances humaines.
6. Le désir et la recherche de la paix ne sont pas un privilège de ceux qui portent ce mot en quelque sorte dans leur raison sociale. L'absence de défense ou de protection n'a encore jamais, comme l'histoire le montre, empêché des conflits, mais plutôt encouragé, par la provocation, les velléités de puissance. La protection civile, qui est un moyen passif important de dissuation, apporte une contribution significative au maintien de la paix.

Die Vertrauensfirma für Ihre Sicherheitsprobleme!

Alarmanlagen
Türfernsehsprechanlagen
Fernsehüberwachungen
Notstromleuchten

SICHERHEITSTECHNIK
MEXAG
Riedtlistrasse 8
8042 Zürich
Tel. 01/363 17 69

ZIVILSCHUTZ-ZUBEHÖR
PROTEKTOR
SCHUTZRAUM-EINRICHTUNGEN

FÜR PRIVATE SCHUTZRÄUME
Ist Ihr Schutzraum eingerichtet?

Komplette Einrichtungen sowie Einzelkomponenten und fachliche Beratung erhalten Sie bei uns.

Verlangen Sie Unterlagen:

PROTEKTOR-Zivilschutzzubehör
Peter S. Kreiliger, Postfach
8304 Wallisellen, Telefon 01 830 56 15

Vizedirektor Dr. Karl Müller im Ruhestand

Wechsel bei der Vizedirektion Zentralkoordination des BZS

Am vergangenen 30. Juni stieg Dr. Karl Müller zum letztenmal die Treppen hoch zu seinem Büro im 5. Stock an der Monbijoustrasse 91. Über lange Jahre hinweg hat er diese «Übung» zu Fitness und Gesundheit jeden Tag mehrere Male absolviert, stets abwehrend und lächelnd, wenn jüngere Semester ihn zum Mitfahren im Lift aufforderten.

Diese Ruhe, dieses «chi va piano va sano e va lontano», die ihm stets zu eigen war, wird Dr. Karl Müller sicher auch nach seiner Pensionierung gut gebrauchen können, dann, wenn er «i d Schwümm» geht, seine Briefmarken ordnet, Schmetterlingen nachjagt oder an seiner Modelleisenbahn werkelt. Als weitere Steckenpferde wird er – wenn es ihm trotzdem einmal langweilig werden sollte – das Reisen, Musizieren und Lesen reiten. Schliesslich kann er künftig seine guten Tropfen aus einer währschaften Berner Kanne ausschenken – die Gabe seiner ehemaligen Mitarbeiter im Bundesamt für nun geruhsame Stunden in seiner Vaterstadt Murten.

In Murten ist Dr. Karl Müller aufgewachsen. Nach den Schulen und dem Jus-Studium, das er mit dem Doktorexamen magna cum laude beendete, trat er 1942 bei der Abteilung für landwirtschaftliche Produktion des Kriegsernährungsamtes in den Bundesdienst. Ende 1942 wechselte er zur eidgenössischen Polizeiabteilung, später in den Bürgerrechtsdienst der Polizeiabteilung. 1956 finden wir Dr. Karl Müller als Adjunkten auf dem Departementssekretariat des Justiz- und Polizeidepartements.

Auf den 1. Juni 1969 wechselte Dr. Karl Müller ins noch junge Bundesamt für Zivilschutz als wissenschaftlicher Adjunkt und Stellvertreter des Chefs des Rechtsdienstes. Anderthalb Jahre später, am 1. Januar 1971, übernahm er die Leitung dieser wichtigen Dienststelle. In dieser Eigenschaft als oberster Jurist des Bundesamtes für Zivilschutz nahm er eine Schlüsselstellung in der Schaffung der modernen Zivilschutz-Rechtspapiere ein und leistete damit Entscheidendes zum weiteren Auf- und Ausbau des Zivilschutzes.

Dank seiner fundierten Kenntnisse und langjährigen reichen Erfahrung im Zivilschutz wurde Dr. Karl Müller auf den 1. Mai 1980 zum Vizedirektor und Leiter des Bereiches Zentralkoordination gewählt – eine neue Aufgabe wartete auf ihn, die er wiederum mit der ihm eigenen Menschlichkeit anpackte.

Wenn er nun nach 41 Jahren Bundesdienst in das «Dienstverhältnis» der Pensionierten tritt, kann Dr. Karl Müller auf einen gut bestellten Acker zurückblicken – auf einen Acker, der ihm stets viel bedeutete und der noch lange seine Früchte hervorbringen wird.

Abschied vom BZS: Dr. Karl Müller (Mitte) im Gespräch mit Vizedirektor Sager (links) und seinem Nachfolger als Vizedirektor Zentralkoordination, Hildebert Heinzmann.

Mobiliar
für
Zivilschutzanlagen
Militärunterkünfte
Beratung – Planung – Ausführung
H. NEUKOM AG
8340 Hinwil-Hadlikon ZH
Telefon 01 937 26 91

Schaumstoffmatratzen
Kissen, Wolldecken
für Zivilschutz und Militär
Jetzt mit sensationeller Spezialofferte,
mit Gratis-Kissen!
Vermietung von Matratzen für Militär und Vereinsanlässe.
ARTLUX
Nordstrasse 4, 9532 Rickenbach, Telefon 073 23 69 22